

Zustimmung zu erreichen. Es wird ein Antragsverfahren geben. Jeder, der dieses zusätzliche Kindergeld erhalten will, wird also in einem Antragsverfahren das Ganze prüfen lassen müssen. Das zur Begründung dieses Antrages.

(Beifall, vorwiegend bei SPD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Vielen Dank, Abgeordnete Barbe. Entschuldigung, ich habe es nicht gesehen, ein Geschäftsordnungsantrag.

Prof. Dr. Kühne (CDU/DA):

Ich möchte mich zur Geschäftsordnung melden. Es geht um den Haushaltsausschuß. Die Sache ist nicht über den Finanzausschuß gelaufen. Das muß ich eindeutig erklären.

Für die Steuerveränderungen, die gegen den Staatsvertrag verstoßen, und die sich daraus ergebenden Steuerrechtsänderungen sind wir hier nicht verhandlungsfähig, Frau Kollegin. Dann müssen Sie alles neu aufrollen. Alles das, - Entschuldigung, ich muß das jetzt zur Sache einbringen -, alle Fragen zur Steuer, die jetzt zu beraten sind, gehen über den Staatshaushalt der Republik, wie wir sagen. Da muß korrekt gearbeitet werden. Danke.

Frau Barbe:

Ich habe vergessen zu sagen, daß natürlich wir dem Überweisungsantrag des Präsidiums zustimmen, daß es noch in den Haushaltsausschuß muß. Das ist klar und selbstverständlich. Wir wollen Sie da nicht ausklammern. Ich denke, damit können wir einverstanden sein.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Es gibt noch eine Anfrage.

Krziskewitz (CDU/DA):

Sie haben für den Finanzausschuß gesprochen. Ich würde mich für den Haushaltsausschuß interessieren. Aber das, was Sie jetzt uns eben vorgetragen haben, hat mit der Begründung, die Sie uns kreiert haben, weiß Gott nichts zu tun.

(Zwischenruf von Frau Barbe, SPD: So, dann fragen Sie, und dann versuche ich das jetzt so zu begründen, daß es dann verständlich ist.)

In der Begründung wird ein völlig anderer Sachverhalt geschildert. Hier wird von den 3 054 Mark ausgegangen, und es ist doch wohl klar, daß in einem halben Jahr, wenn also nur für ein halbes Jahr das Steuerrecht der Bundesrepublik gilt, auch nur ein halber Freistellungsbetrag zur Verfügung steht. Das ist vielleicht von Ihnen nicht beachtet worden.

Frau Barbe:

Es geht um die Gerechtigkeit. Ich habe also Ihre Begründung nicht ganz deutlich verstanden. Es geht um die Gerechtigkeit, daß uns jedes Kind gleich viel wert sein muß und daß Kinder, wo nur ein Elternteil arbeitet oder arbeitslos ist, benachteiligt sind, daß andere Kinder eine andere Ermäßigung bekommen.

Diese 25 Mark sind durchgerechnet worden, und sie würden dem entsprechen, also diesem doppelten Freibetrag entsprechen.

Es haben beide miteinander zu tun. Ich muß das schlicht und einfach so sagen. Und wenn, dann müssen Sie das auch präzisieren.

Ich bin nicht damit einverstanden, daß beispielsweise Selbstständige und Gewerbetreibende hier ein entsprechendes Salär bekommen.

Frau Barbe:

Es geht darum, daß den Kindern gegenüber Gerechtigkeit bestehen muß. Durch diesen Familienlastenausgleich ist das in unseren Augen eine ungerechte Behandlung. Wir streben ein festgesetztes Kindergeld für jedes Kind an, und ich denke, man sollte diese ganze Frage noch einmal prüfen, auch im Haushaltsausschuß.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Es gibt noch zwei Anfragen. Gestatten Sie? - Bitte.

Dr. Manhenke (SPD):

Ich möchte daran erinnern, daß wir im Finanzausschuß darüber gesprochen und diese 25 M einstimmig beschlossen haben. Wir haben das dann an den Ausschuß für Frauen und Familie überwiesen.

(Prof. Dr. Kühne, CDU/DA: Ich muß feststellen, daß ich dem nicht zustimme. Das entspricht nicht dem Staatsvertrag.)

Frau Barbe:

Es geht nicht darum, daß wir das heute beschließen. Es ist eine 1. Lesung, ein Vorschlag. Herr Kühne, ich möchte Sie noch einmal beruhigen: Es geht darum, daß wir uns Gedanken darüber machen, daß hier in Zukunft ungerechtfertigte Regelungen auf die Eltern und Kinder zukommen. Wir hatten in der Vergangenheit ein festgelegtes Kindergeld für die Kinder. Wir hatten aber noch nicht die Regelung eines Lastenausgleichs. Das bedeutet für Besserverdienende eine Bevorzugung. Das muß man laut und deutlich so sagen. Man muß versuchen, Übergangsregelungen zu treffen, und sich auch Gedanken machen. Ich denke, es wird noch Aufgabe eines gesamtdeutschen Parlaments sein, sich darüber Gedanken zu machen, Herr Kühne. Und hier geht es doch darum, das im Haushaltsausschuß noch einmal zu überprüfen und Möglichkeiten zu finden, wie wir das doch durchsetzen könnten.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Frau Abgeordnete, ich würde bitten, daß Sie noch stehenbleiben, es gibt noch eine Anfrage, aber zwischendurch muß ich noch einen Geschäftsordnungsantrag behandeln. Bitte schön.

Frau Jaffke (CDU/DA):

Ich beantrage Schluß der Debatte. Wir können hier keine Sachdiskussion führen, die führen wir im Haushaltsausschuß!

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön. Wir kommen damit zur Beschlußfassung über diesen Geschäftsordnungsantrag. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Damit ist die Debatte beendet.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Finanzen hat darum gebeten, eine Erklärung abgeben zu dürfen.

(Parlamentarischer Staatssekretär des Ministeriums für Finanzen: Diese Erklärung ist nicht mehr notwendig, weil be-